

# Kommunaler Finanzausgleich 2017

## Ergebnis des Spitzengesprächs am 6. Juli 2016

Die kommunalen Spitzenverbände haben sich heute mit Staatsminister Dr. Markus Söder und Staatsminister Joachim Herrmann im Beisein des Haushaltsausschussvorsitzenden Peter Winter über die finanzielle Ausgestaltung des kommunalen Finanzausgleichs 2017 verständigt.

Die Finanzausgleichsleistungen 2017 steigen um 3,0 % bzw. 260,3 Mio. € auf insgesamt 8,82 Mrd. €. Die darin enthaltenen reinen Landesleistungen steigen um 3,1 % bzw. 249,3 Mio. € auf 8,32 Mrd. €.

1. Die **Schlüsselmasse**, aus der die Schlüsselzuweisungen finanziert werden, erhöht sich 2017 um 72,3 Mio. € auf 3,31 Mrd. €.
2. Auch die anderen dynamischen Verbünde verzeichnen erfreuliche Zuwächse:
  - **Grunderwerbsteuerverbund** +40,0 Mio. €,
  - **Einkommensteuerersatz** +23,2 Mio. €,
3. Die einwohnerbezogenen **Finanzzuweisungen für Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises bzw. Staatsaufgaben** (€Kopfbeträge) steigen ab 2017 für kreisfreie Gemeinden um 2,30 € auf 35,70 € je Einwohner und für Landkreise und kreisangehörige Gemeinden um jeweils 1,15 € auf 17,85 € je Einwohner.

Die **Finanzzuweisungen** steigen damit insgesamt wie folgt:

- Kopfbeträge +34,0 Mio. €,
- Gebührenaufkommen der Landkreise +5,0 Mio. €,
- Aufkommen der Geldbußen und Verwarnungsgelder +11,6 Mio. €,
- Zuweisungen zu den Kosten der Ämter für Gesundheits- und Veterinärwesen, Verbraucherschutz sowie die Heimaufsicht +1,0 Mio. €.

4. Ein weiterer Schwerpunkt wird 2017 auf die Investitionen gesetzt:

- Die Mittel für die **Förderung des kommunalen Hochbaus** (Art. 10 FAG) werden um 70,2 Mio. □ auf 500 Mio. □ erhöht. Die Mehrung ergibt sich durch eine Umschichtung aus dem allgemeinen Steuer-  
verbund in Höhe von 70,2 Mio. □  
Dabei wird der Orientierungswert für Kommunen mit durchschnittli-  
cher Finanzlage bei der Förderung von Schulen und Kindertagesein-  
richtungen um 10 Prozentpunkte angehoben und beträgt damit künft-  
ig 50 %.
- Der Ansatz für die **Krankenhausfinanzierung** wird um 3,4 Mio. □ auf  
503,4 Mio. □ erhöht. Damit wird sichergestellt, dass die vom Bund zur  
Verfügung gestellten Mittel aus dem Krankenhaus-Strukturfonds in  
Höhe von 76,8 Mio. □ in voller Höhe abgerufen und ungeschmälert  
für strukturverbessernde Vorhaben der Krankenhausträger eingesetzt  
werden können.
- Die Mittel für den kommunalen **Straßenbau und -unterhalt** werden  
auf dem Vorjahresniveau von 314,3 Mio. □ fortgeführt.
- Die **Investitionspauschale** wird nach mehrmaligen Erhöhungen in  
den Vorjahren 2017 auf dem erreichten hohen Niveau von 406 Mio. □  
fortgeführt.

5. Die **Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen** wurden in den  
letzten Jahren mehrfach angehoben und werden 2017 auf dem hohen  
Niveau von 150 Mio. □ fortgeführt.

6. Die **Zuweisungen für die Schülerbeförderung** werden 2017 mit  
316 Mio. □ fortgeschrieben. Damit wird das durchschnittliche Aus-  
gleichsniveau von 60 % gehalten.

7. Die **Zuweisungen an die Bezirke** werden auf dem hohen Niveau von 648,6 Mio. □ fortgeführt.
8. Es wurde darüber hinaus Folgendes vereinbart:
- Die Schulkosten für Kinder abgelehnter Asylbewerber sollen ab dem Haushaltsjahr 2018 unter Mitgabe von Haushaltsmitteln in den Einzelplan 05 umgesetzt werden. Etwaige Kostensteigerungen gegenüber 2017 werden zwischen Staat und Kommunen hälftig geteilt.
  - Über die Kosten für volljährig gewordene unbegleitete Flüchtlinge, die nicht gedeckten Aufwendungen der Kommunen im Zusammenhang mit der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen und Asylbewerbern und die vom Bund für diese Aufgaben zusätzlich zu erwartenden Mittel werden zu gegebener Zeit Gespräche geführt.